

der Wettbewerb die Basis für den ständigen ideologischen Kampf des Notarkollektivs zur Erziehung der Menschen zu gesellschaftlichen Produzenten werden wird. Dieser Kampf wird nicht nur gegen die Klein-eigentümergeideologie eines Teils unserer Bauern geführt werden, mit denen der Notar in bodenrechtlichen Angelegenheiten in ständiger Fühlungnahme steht, sondern er richtet seine Spitze auch gegen die Fehlentwicklung mancher Handwerksbetriebe zu kapitalistisch produzierenden Einheiten. Man muß dabei davon ausgehen, daß der notarielle Akt ähnlich einer Linse wirkt, die Erscheinungen aus einem viel größeren Umkreis als dem eigenen Gesichtskreis aufnimmt.

Auf diese der Beurkundung vorausgehenden Momente im Bewußtsein unserer Menschen muß das Staatliche Notariat sofort reagieren und die aktuelle Situation richtig erfassen. Hierfür ein Beispiel: Es ist allgemein bekannt, wie hoch der Anteil der Handwerker und Gewerbetreibenden an der Konsumtion von hochwertigen Gebrauchsgütern, wie z. B. Kraftwagen, Fernsehgeräten u. ä., in der Deutschen Demokratischen Republik ist. Das gleiche günstige Verhältnis für diesen Personenkreis im Verhältnis zu anderen Bevölkerungsschichten drückt sich natürlich auch im Grundstücksverkehr aus. Nun war an gewissen Orten, insbesondere vor unseren Volkskammer- und Bezirkstagswahlen am 16. November 1958, ein sehr starkes Abnehmen der Grundstückskaufverträge unter den Mittelschichten zu verzeichnen. Die Notare gingen dieser Erscheinung nach und fanden sehr bald als Ursache umlaufende Gerüchte etwa des Inhalts, daß unser Staat das private Eigentum, insbesondere an Grundbesitz, liquidieren wolle und auch das Erbrecht zukünftig nicht mehr garantiert sein soll. Eine gut organisierte Aussprachetätigkeit der Notare über die wirklichen Perspektiven des Mittelstandes im Sozialismus setzte diesen Gerüchten, über deren Herkunft wohl kaum ein Zweifel bestehen dürfte, bald ein Ende. Die Notare hatten die Genugtuung, durch ihre schnelle Reaktion, die künftig ein Merkmal für ein sozialistisches Notariat sein muß, an dem überwältigenden politischen Erfolg unserer Wahlen am 16. November 1958 durch ihre spezielle Tätigkeit, die also doch nicht „unpolitisch“ sein kann, mitgearbeitet zu haben.

In diesem Zusammenhang muß auch die eminente Bedeutung einer politisch-juristischen richtigen Erläuterung des Inhalts einer notariellen Handlung erwähnt werden; denn die fortschrittliche Rechtsanwendung durch die Staatlichen Notariate bietet bei ungenügender Aufklärung politisch und moralisch labilen Menschen scheinbaren Anlaß, zu verbrecherischen Organisationen, insbesondere dem sog. Untersuchungsausschuß freihändlerischer Juristen, Verbindung aufzunehm⁷, verleumderische Umtriebe zu halten oder in innere Zweifel zu verfallen.

Der Wettbewerb der Staatlichen Notare des Bezirks Gera erstreckt sich natürlich auch auf die Gebiete der Justizaussprachen und des Pressewesens. Gewertet wird hier nicht mehr einfach die Anzahl der vom Notar gehaltenen Aussprachen oder veröffentlichten Artikel, sondern die die sozialistische Bewußtseinsbildung der Werktätigen fördernde Orientierung des Notars in der Themenwahl, die auch in ihrer Gestaltung aktiv an der sozialistischen Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse mitwirken muß. Damit soll der Praktizismus in diesen Bereichen überwunden werden. Die alten, ausgefahrenen Geleise des bürgerlichen Erbrechts, das bisher den Hauptanteil der Themen stellte, werden verlassen, und in den Aussprachen und Artikeln wird eine richtige Verbindung zwischen politisch bildendem Material und dem natürlich immer noch interessierenden juristischen Stoff angestrebt. Was liegt z. B. näher, als vor Genossenschaftsbauern (oder solchen, die es werden wollen) in einer Gegenüberstellung die großzügigen Förderungsmaßnahmen unserer Regierung für die Landwirtschaft und das kapitalistische Kreditwesen und Vollstreckungsrecht zu behandeln und die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen?

Diese wenigen Hinweise auf das Wettbewerbsgeschehen im Bezirk Gera sollten zeigen, wie sich die

Staatlichen Notariate des Bezirks zu sozialistischen Justizorganen entwickeln wollen. Viele Hindernisse werden auf diesem Wege noch zu überwinden sein, vieles wird sich noch verändern und verbessern müssen. Insbesondere müssen die Staatlichen Notariate aus der Isolierung heraus, in der sie sich als Verwaltungsdienststelle vielfach noch befinden. Sie müssen enger als bisher mit den örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten sowie den Ausschüssen der Nationalen Front zusammenarbeiten, weil sie dort die Perspektiven des sozialistischen Aufbaus auf ihrem Territorium sehen und sich so ganz reale Aufgaben für ihre Kampf- und Arbeitspläne ergeben. Genaue Kenntnis von Struktur und Situation im Kreisgebiet, gute Zusammenarbeit auch mit Kreisgericht und Kreisstaatsanwalt und kameradschaftliche Hilfe für andere Dienststellen, wie z. B. die Räte kleinerer Gemeinden, gehören unbedingt zum Charakter des sozialistischen Notariats. Es sei auch an den Inhalt der notariellen Urkunden gedacht. Diese werden von den Bürgern oft jahrelang aufbewahrt. Warum sollte ihre bisherige trockene, oft formalistische Abfassung nicht einer politisch überzeugenden Aussage weichen? Warum sollte z. B. der Staatliche Notar, der die grundbuchliche Löschung einer aus einem ehemaligen feudalistischen Abhängigkeitsverhältnis entstandenen Forderung anzulegen hat, in der Urkunde nicht darauf hinweisen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Übernahme des Bodens der Junker in die Hände des Volkes derartige Verhältnisse unmöglich geworden sind, anstatt — wie dies heute wohl allorts geschieht — lediglich die entsprechende Anordnung vom 31. August 1956 (GBl. I S. 708) zu zitieren? Auch die Organisation der Arbeit in den Notariaten, bei der die Leitungstätigkeit einen Schwerpunkt darstellt, muß mit der Verbesserung der ideologisch-politischen Arbeit Schritt halten, wenn nicht die Erfolge ausbleiben sollen. Mit der Schaffung eines starken Kollektivs, welches unter Anwendung des Gesetzes von Kritik und Selbstkritik sozialistische Arbeitsverhältnisse gegenseitiger Hilfe anstrebt, muß die oftmals noch sehr selbstzufriedene und selbstherrliche Ein-Mann-Arbeit in manchen Notariaten abgelöst werden.

Diese Arbeit sollte einige Fragen und Probleme der Entwicklung des Notariats im Sozialismus behandeln und damit beginnen, das Vakuum an Veröffentlichungen auf diesem Gebiet aufzufüllen. Ihr Hauptanliegen war die Herausstellung der Klassegebundenheit des Notariats in allen Gesellschaftsordnungen. Möge sie zu weiteren Überlegungen und Hinweisen Anregung bieten und so mit zur Entwicklung eines sozialistischen Notariats beitragen.

Neuerscheinung

Leitfaden des Familienrechts der DDR

von Friedrich Jansen

VEB Deutscher Zentralverlag, 212 Seiten, Preis: 6,40 DM

Diese Arbeit Jansens ist eine erste Darstellung des Familienrechts der DDR auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Einleitend gibt der Autor einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Familie und des Familienrechts. Dabei behandelt er die Rolle und Funktion des Familienrechts in den verschiedenen Gesellschaftsformationen. Er weist überzeugend den neuen, sozialistischen Charakter des Familienrechts der DDR nach. Aufbauend auf den Grundprinzipien des demokratischen Familienrechts gibt der Autor dann eine wissenschaftliche Darstellung der einzelnen Institute dieses Rechtszweiges. Dabei beschränkt er sich nicht auf die Erläuterung des geltenden Rechts und seiner Anwendung, sondern geht auch auf die zu erwartende gesetzliche Neuregelung dieses wichtigen Rechtszweiges ein. Die von konsequenter Parteilichkeit für die Sache des Sozialismus getragenen Ausführungen des Verfassers sind ein wertvoller Beitrag, der Kenntnisse über die großen Errungenschaften auf dem Gebiet des Familienrechts vermittelt. Der Leitfaden ist sowohl für Studenten wie auch für Praktiker ein wertvolles Hilfsmittel.

⁷ vgl. Urteil des BG Potsdam vom 30. September 1957, NJ 1957 S. 810.